

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Ergenzingen: Pflegeheim mit blinden Flecken Hohe Zusatzkosten für Bewohner

Als „Flaggschiff“ der Hospitalstiftung bezeichnete Bürgermeister Bednarz das neue Pflegeheim in Ergenzingen, das in vier Wohngruppen 60 Pflegeplätze umfassen und zudem 15 Tagespflegeplätze im neuen Wohngebiet Öchsner II bieten soll. Hinzu kommt ein Gebäude für betreutes Wohnen mit 24 Wohneinheiten, das die Baufirma Geiger betreibt. In der Liebfrauenhöhe werden übergangsweise 20 Tagespflegeplätze eingerichtet.

Seit 2015 wurde das Pflegenheim wegen der Kosten immer wieder überplant und verändert. Zuletzt wurde mit der Schlüsselfertig-Baufirma Geiger (Herrenberg) ein Investor gefunden, der zu einem Festpreis von knapp elf Mio. Euro bis zum Dezember 2023 das Heim errichten soll. Grund für die ganzen Verzögerungen ist der Ausstieg der Landesregierung aus der Pflegeheimförderung 2010 gewesen. Angesichts der steigenden Zahlen von Pflegebedürftigen im Ländle, der hohen Baukosten und des Fachkräftemangels ist das Verhalten von Sozialminister Lucha weltfremd und verantwortungslos, dass die „Träger der Altenhilfe“ ohne zusätzliche staatliche Förderung“ auskommen sollen (Lucha, 15.1.2019) Hans Moser vom VdK erklärte in der letzten Sitzung des Sozialausschusses

die Übernahme des Investitionskostenanteils als eine der Hauptforderungen, um aus den Finanzproblemen herauszukommen.



#### Hausgemeinschaftskonzept

Das neue Pflegeheim kann auf zwei Etagen 60 Personen unterbringen, die

in vier Gruppen à 15 Pflegebedürftigen mit jeweils einer Wohnküche untergebracht sind. Eine Zentralküche ist nicht vorgesehen. Die etwa 20 Quadratmeter großen Zimmer haben jeweils ein Bad mit Dusche und ein WC. Problematisch ist die starke Hanglage mit sechs Prozent Gefälle, die es sowohl für die Bewohner wie für Pflegekräfte und Angehörige schwer machen wird, sich draußen zu bewegen. Die Aussage der Ortsvorsteherin Quintana Liva, dass die meisten Bewohner kaum zu weiten Spaziergängen in der Lage sein werden, stieß auf Unverständnis und Kritik. Im Fertigbaupreis von elf Mio. Euro sind weder das bewegliche Inventar (700.000 Euro), noch die Grundstückskosten noch geschätzten 300.000 Euro für die Cafeteria im Eingangsbereich enthalten. Für letztere sollen Sponsoren gefunden und ein Förderverein gegründet werden. Da darf man sehr gespannt sein! Die Cafeteria ist hauptsächlich für Begegnungen von Bewohnern mit Angehörigen, Veranstaltungen und eventuell für einen Mittagstisch für Einwohner von Ergenzingen vorgesehen.

#### Hohe Kosten für Heimbewohner

Noch problematischer ist der hohe Anteil an Investitionskosten, die die Heimbewohner tragen sollen. >>>

Und weiter: **Stuttgart 21 - 10 Jahre Volksabstimmung** Seite 3  
**Gescheiterter Krieg gegen den Terror ohne Ende** Seite 4  
**Führt die 2G-Regel zu Ausgrenzung und Rassismus?** Seite 6/7  
**Holcim – Unendliche Geschichte eines Skandals** Seite 8



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

Die Heimbewohner im „Haus am Neckar“ tragen beispielsweise im Pflegegrad 2 (Stand 1.1.2021) als täglichen Satz 121,79 Euro für Pflegevergütung, Unterkunft und Verpflegung. Darin enthalten ist ein Eigenanteil für die Investitionskosten (IVK) von 9,72 Euro, monatlich 295 Euro. Im neuen Ergenzingen Pflegeheim soll er 21,29 Euro, **mehr als das Doppelte** betragen, aktuell monatlich rund 650.- Euro allein dafür! Dieser Betrag wurde erstmals öffentlich mitgeteilt.

Als Die Linke einen Zusatzantrag zum Beschluss des Gemeinderats forderte, das Sozialministerium solle die IVK-Kosten übernehmen, behauptete Jörm Heumesser (Freie Wähler) vielleicht aus Unkenntnis, in der Vorlage gehe es nur um den Bau, nicht um die Kosten für die Bewohner. Außerdem würden davon nur Reiche profitieren. Wie bitte, vertritt der VdK die Interessen reicher Rentner? Hermann Steur (SPD) forderte Dr. Peter auf, er solle den Zusatz erst einmal „vernünftig formulieren“. Dr. Bednarz verstieg sich zu der Aussage, dass im Brief des Hospital-Ausschusses vom November 2021 keine Übernahme des IVK-Kosten für Ergenzingen gefordert wurden, obwohl darin am Beispiel des Pflegeheims Ergenzingen Lucha aufgefördert wird, „zumindst auf die Forderungen des VdK und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes einzugehen, bei den notwendigen Neu- und Umbauten den Investitionskostenanteil vom Land zu übernehmen“. Dieser Brief wurde von Vertretern aller Gemeinderatslisten einstimmig beschlossen. Aber das Gedächtnis ist bei einigen sehr kurz:

**Zwei Stimmen für den Zusatz-Antrag der Linken, neun Enthaltungen, der Rest: Ablehnung!**



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

## ***DIE LINKE: Anfrage im Gemeinderat am 16.11.21 zur Steinbruch-Erweiterung in Frommenhausen***

Wie berichtet will die Bau-Union mit Hauptsitz in Rottweil (Gewerbesteuer!) in Frommenhausen fünf Mio. Tonnen Muschelkalk für die Produktion von Beton und Straßenbau abbauen und dafür ihr Abbaugelände auf insgesamt 16 Hektar erweitern. Dazu hat die Linke eine schriftliche Anfrage eingebracht und die Verwaltung zu einer „zeitnahen“ Antwort aufgefordert:

1. Warum wird der Gemeinderat Rottenburg nicht über die Steinbruch-Erweiterung informiert, wenn es in zwei Gemeinden große Unruhe in der Bevölkerung über die Erweiterung gibt und die Bau-Union mit Schließung droht, falls ihrer Forderung nach Erweiterung nicht stattgegeben wird? Wie ist der aktuelle Stand des Genehmigungsverfahrens?
2. Wie groß ist die aktuelle Abbaufäche für den Muschelkalk und die Gesamtfläche des Steinbruchs für die Bau-Union?
3. Um wie viele Phasen des Abbaus geht es in welchem Zeitraum?
4. Gefährdet die Tiefe der Sprengungen im Abbaugelände die Stabilität des Kapf-Felsens und ist dies geprüft worden?
5. Wie groß ist die Sicherungsfläche, bzw. das Rohstoffvorkommen für den Muschelkalk insgesamt, die im Geoportall des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau die Flächen mit den Bezeichnungen 30, 31 und 32 (Regierungspräsidium Freiburg vom 9. Okt. 2021) trägt?
6. Können diese Flächen jederzeit von einer Sicherungsfläche in eine Abbaufäche umgewandelt werden, so wie das jetzt geschehen ist, ohne dass die Stadt Rottenburg darauf Einfluss hat?
7. Wie viel Wasser wird der Starzel entnommen, um die Staubbentwicklung der LKWs aus dem Steinbruch zu vermindern? Gibt es dafür eine Ausnahme-Genehmigung?
8. Wie stark wird der Straßenbelag durch den hohen LKW-Verkehr aus dem Steinbruch in Mitleidenenschaft gezogen? Gibt es dazu Untersuchungen?

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

# Stuttgart 21 – 10 Jahre Volksabstimmung

## Es ging um die Landesbeteiligung, nicht um den Bau von S21

Infolge der Landtagswahl 2011 kam in Baden-Württemberg eine grün-rote Koalition zustande. Winfried Kretschmann, ein damaliger S21-Gegner, wurde Ministerpräsident und Nils Schmid, ein S21-Befürworter, Finanzminister. Da nun die Grünen seinerzeit gegen Stuttgart 21, die SPD aber dafür war, waren sich beide Koalitionspartner darüber einig, dass sie sich in Bezug auf Stuttgart 21 nicht einig sind.

Auf die Initiative von Nils Schmid sollte nun das „Volk“ über eine Gesetzesvorlage der Landesregierung abstimmen, welche die Rücknahme der Landesbeteiligung (laut Finanzierungsvertrag 930 Millionen von insgesamt 4,5 Milliarden Euro) an der Projektfinanzierung vorsah und die bereits vom Landtag von Baden-Württemberg abgelehnt worden war.

Nachdem Kretschmann sein Amt angetreten hatte, schrieb er sich die Worte „Bürgerbeteiligung“ und „Direkte Demokratie“ ganz groß auf die Fahnen. Demnach sollte aber das „Volk“ zwar „gehört“ aber nicht „erhört“ werden.

**In dieser Volksabstimmung im November 2011 ging es nur um die Landesbeteiligung und nicht darum, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht, obwohl dies fälschlicherweise immer wieder so dargestellt wird.**

Durch unzählige Lügen, falsche Versprechungen, einseitige Geldspenden sowie unzulässige Einflussnahme durch Mandatsträger und nicht zuletzt durch ein hohes Quorum ist es den Projekt-Befürwortern mit allen nur denkbaren Tricks gelungen, das „Volk“ auf ihre Seite zu ziehen und eine Mehrheit von 58,8 Prozent gegen den Gesetzentwurf zu erzielen.

Daraufhin erklärte der grüne Teil der Landesregierung, das Votum zu akzeptieren und den Bau von S21 „konstruktiv-kritisch“ zu begleiten. Aber für Kretschmann ist „konstruktiv-kritisch“ gleichbedeutend mit umfallen und sich den Projekt-Befürwortern anzuschließen. So ließ er sich z. B. medienwirksam mit dem Tunnelbohrmaschinenhersteller Herrenknecht ablichten. Er verkroch sich in sein Schneckenhaus und sah tatenlos zu, wie Schlossgarten und Südflügel unnötig zerstört wurden, wie weiterhin gelogen, betrogen und getrickst wurde. Bis heute wiederholt

er immer wieder gebetsmühlenartig: „Das Volk hat es ja so gewollt, der Käse ist gegessen“.

Dass der Geist der Volksabstimmung auch heute noch allgegenwärtig ist, zeigen nachfolgende Auszüge aus einer Rede von Hannes Rockenbach, Fraktionsvorsitzender „Die FrAktion“, die er kürzlich auf einer Montagsdemo gehalten hat:



Der Zeitpunkt der Volksabstimmung war ja ein großartiger Zeitpunkt der Mobilisierung und der Aufklärung in unserem Land. Aber das Ergebnis ist bis heute einer der schmerzhaftesten politischen Niederlagen – auch für mich ganz persönlich – und da ist so ein Erinnern natürlich ganz schwer, weil danach unsere großartige riesengroße Bewegung nicht mehr die Gleiche war. Denn die ewig Gestrigen konnten dann mit den Weißen einer Volksabstimmung die Demonstranten als schlechte Demokraten darstellen. Eigentlich völlig absurd, weil nur ein halbes Jahr später einer der Gedankenväter dieser Volksabstimmung Prof. Wielander sagte, dass aufgrund der Kostenexplosion die Volksabstimmung nichtig sei, da die Geschäftsgrundlage entfallen ist.

Und obwohl wir das wissen, weil die Kosten einfach erstunken und erlogen waren und die Leistungsversprechen alles Mögliche waren, nur nicht richtig, hat sie so wunderbar funktioniert. Und es gibt sie heute noch, diese absurde Volksabstimmungskeule, und deshalb ist diese Volksabstimmung für mich noch heute schmerzhaft. Aber es hilft ja nichts, Trübsinn zu blasen.

Da hat sich plötzlich was in unserer Stadt geregt gegen all dieses Unsinnige „von da oben“ Durchregieren. Da hat Angela Merkel immer noch an Stuttgart 21 festgehalten, nämlich dass sich an diesem Projekt die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheiden würde. Man muss sich das mal vorstellen, da waren schon Zehntausende auf den

Straßen und da gibt es diese höchste Weihe von ganz oben, von der Bundesregierung – da drüber kommt nur noch der Papst.

Kurz darauf hat unser Widerstand – im Musterländle der CDU – einen CDU-Ministerpräsidenten in den Ruhestand geschickt. Unglaublich, dass das möglich war – für mich bis dahin unvorstellbar! Ja, und dann hat dieser Widerstand am Ende auch die Volksabstimmung bewirkt, mit der neuen Landesregierung. Aber die hatte ein Problem: Die war regierungsunfähig bezüglich Stuttgart 21.

Weil die einen dagegen, die anderen dafür waren. Deshalb musste das Problem von der Tagesordnung herunter kommen! Und deswegen war es wohl auch möglich, eine so schlecht gemachte Volksabstimmung durchzuführen.

Und ganz, ganz wichtig ist auch: Wenn wir in Zukunft Volksabstimmungen machen, dann müssen die auch ein Verfallsdatum haben können, denn auch sie können falsch sein. Sie können auf Grundlage falscher Fakten getroffen werden, wie wir wissen. Es kann aber auch einfach sein, dass sich die Welt weiterdreht und verändert und dann ist plötzlich das, was man vorher geglaubt hat, einfach falsch. In einer Demokratie muss es auch möglich sein dazulernen, denn sonst wäre sie ja die dümmste aller Staatsformen.

Ich weiß nicht, wie absurd und pervers manche Gedanken von den Prolern sein können. Aber ich glaube, bei dieser Lern-Unfähigkeit, dieser Arroganz ist es notwendig und gut, dass wir, trotz und gerade nach zehn Jahren Volksabstimmung, weiter hier in Stuttgart auf der Straße sind und für den Umstieg 21 kämpfen, dafür, dass wir dazu lernen, dass wir eine lebendige, eine echte Demokratie leben. Und dass wir gemeinsam dranbleiben und ganz wichtig

**O BEN BLEIBEN!**

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt  
Rottenburg



## Hände weg von der Bahn! Verkehrswende statt Privatisierung!

**+++ Zerschlagung verhindern +++ Privatisierungspläne von Grünen und FDP stoppen  
+++ Wir brauchen eine starke Bahn für alle +++**

**Die Bahn ist der Schlüssel für die soziale und ökologische Verkehrswende. Grüne und FDP wollen die Bahn zerschlagen und den Betrieb privatisieren. Damit bremsen sie die Mobilitätswende aus. Die Klimaziele im Verkehrsbereich sind so nicht mehr zu erreichen.**

Denn die Folge einer Zerschlagung wären teure, bürokratische Ausschreibungsverfahren und unzuverlässige Privatbahnanbieter, die für ihre Profite den Staat erpressen. Diesen „Wettbewerb auf der Schiene“ kennen wir bereits aus dem Regionalverkehr.

Jetzt sollen Privatbahnen auch noch die ICE- und IC-Linien betreiben. Für die Beschäftigten der Bahn führt es zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Mit jeder Neuvergabe müssten sie Löhne und Bedingungen erneut erkämpfen. Arbeits- und Tarifverträge würden nur noch bis auf Widerruf gelten.

Wir brauchen stattdessen **eine Bahn für alle!** Mit dauerhaft bezahlbaren Ticket-Preisen, guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Alle Menschen müssen ans Schienennetz angebunden sein - auch im ländlichen Raum.

DIE LINKE kämpft zusammen mit Initiativen, Gewerkschaften, Fahrgästen und Beschäftigten für eine integrierte Bahn, die am Gemeinwohl statt an der Profitlogik ausgerichtet wird.

Bist du dabei..?



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

### DIE LINKE fordert:

- Keine Zerschlagung der Deutschen Bahn. Keine Privatisierung des Betriebs. Netz und Betrieb der Bahn bleiben in einer Hand - und öffentlich.
- Halbierung der Ticketpreise im Fernverkehr. Im Nahverkehr sinken die Fahrpreise schrittweise bis hin zum Nulltarif.
- Massive öffentliche Investitionen in den Ausbau der Bahn. Reaktivierung der in den letzten Jahrzehnten stillgelegten Strecken. Damit schaffen wir auch 200 000 neue, gut bezahlte Arbeitsplätze im Bahnsektor bis 2030, z.B. für den Bau von Zügen, Gleisen und im Fahrdienst.
- Kurzstreckenflüge und Güterverkehr auf die Schiene verlagern.
- Wettbewerb und teure Ausschreibungsverfahren auch im Regionalverkehr beenden. Dazu werden öffentlich-rechtliche Landesbahnen gegründet, an die der Betrieb direkt vergeben werden kann. Die privaten Bahnanbieter werden nach und nach abgelöst.

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# **Gescheiterter Krieg gegen den Terror ohne Ende: Irak, Syrien, Mali, Afghanistan - und wie weiter?**

**Im Rahmen der diesjährigen Friedensdekade sprach *Andreas Zumach*, ehemaliger UN-Korrespondent der taz in Genf, am 14. November in der Moriz-Kirche in Rottenburg über gescheiterte Kriege.**

Sehr viele Staaten, die den Krieg in **Afghanistan** unterstützten, verweigerten sich einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschehnisse und der Fehler.

Gründe für das Scheitern sieht Andreas Zumach zunächst darin, dass die US-Luftwaffe Warlords als Verbündete anerkannte. Des Weiteren wurde der ehemalige Präsident Karsai dem Land aufgedrückt, obwohl er beim Volk nicht verankert war. Karsai war während seines USA-Aufenthaltes u.a. Berater des US-amerikanischen Ölkonzerns UNOCAL.

Ferner wurde der Drogenhandel nicht unterbunden, was die Korruption förderte und die Bezahlung der Warlords-Söldner ermöglichte. Der Drogenhandel umfasste 60 - 65 % des Bruttoinlandsproduktes Afghanistans; 80 - 90 % des weltweiten Heroinkonsums (vor allem Westeuropa, USA, Iran) kamen/ kommen von dort. Die USA schafften es nicht, den Bauern Alternativen zum Drogenanbau aufzuzeigen und dies finanziell abzusichern.

Die Bundeswehr hätte zwar zunächst Erfolge gehabt, aber die Taliban erzielten zunehmend Einfluss. Während es im Norden Afghanistans einigermaßen friedlich blieb, wütete im Süden, Westen und Osten ein blutiger Krieg. 2006 kündigten die Taliban Anschläge in ganz Afghanistan an. Nach und nach sickerten die Taliban mehr und mehr in die staatlichen Organisationen ein.

Die mehrfachen Verlängerungen des Bundeswehr-Mandats waren darüber hinaus mit Täuschungen der deutschen Öffentlichkeit verbunden, so stimmten trotz deutlicher Ablehnung der Bevölkerung die Parlamentarier mit großer Mehrheit für die Verlängerung der Einsätze.

Der Krieg gegen Husseins **Irak** begann 2003 mit Lügen. Er verfügte, so die US-Verantwortlichen, über Massenvernichtungswaffen. Gefunden wurden keine. Die Folgen des Krieges waren u.a. eine Million Tote. Heute sei der Irak völlig zerstört, nichts sei besser geworden.

Ein drittes Schlachtfeld ist **Syrien**. Vom endgültigen Sieg gegen den IS kann nicht die Rede sein.

Ca. 90 000 IS-Kämpfer seien untergetaucht oder in andere Länder verschwunden: u.a. nach Syrien, **Libyen** und **Mali**. Der Drohnenkrieg schaffe Hass und Gewalt, unbeteiligte Zivilisten würden getötet und verletzt, so Zumach. Zwar haben die USA laut der UN-Resolution 1348 das Recht auf Selbstverteidigung, aber nirgends stehe, dass sie alle militärischen Mittel anwenden dürfen.

## **Was sind die Alternativen?**

In Afghanistan müssen alle Organisationen mitarbeiten dürfen. Aufgrund der katastrophalen humanitären Lage in Afghanistan müsse der Westen ohne Bedingungen Hilfe leisten. Die Taliban-Regierung hätte Zusagen nicht erfüllt, seien aber auf internationale Unterstützung angewiesen. Aufgrund dessen könne Druck ausgeübt werden.

Der Versuch, mit militärischen Mitteln dem afghanischen Volk Fremdes überzustülpen, funktionierte nicht. „Die“ westlichen Werte gebe es nicht, sondern nur individuelle Menschenrechte, die universell gelten würden. Es seien Abwehrrechte gegen den Staat.

Des Weiteren spricht sich Andreas Zumach dafür aus, lebenserhaltende Verhältnisse mit einer passenden Infrastruktur zu schaffen, anstatt lange Zeit Diktatoren zu unterstützen, solle der Fokus auf die demokratische Entwicklung, die Gewaltenteilung und die Menschenrechte gelegt werden. Auch seien Ausbildungsangebote für junge Menschen zu schaffen. Rüstungsexporte in diese Länder sollten aufhören, ein fairer Handel müsse aufgebaut werden, um so zu einer tragfähigen Ökonomie zu kommen.

In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurde betont, dass diese Probleme auch für andere Länder zuträfen und ähnliche, jeweils angemessene Lösungen möglich und nötig wären.

*Gastbeitrag von: Reinhold Gieringer, Eberhard Diez*

# **Führt die 2G-Regel zu Ausgrenzung und Rassismus?**

## **Großer Wirbel um Erklärung von Stadtrat Raidt im Gemeinderat**

**Am 16. November gab Volkmar Raidt (FAIR) am Ende der Gemeinderats-Sitzung eine persönliche Erklärung zu den 2G-Regelungen in Rottenburg ab. Nach einer überspitzten Wiedergabe von Raidts Aussage in der Rottenburger Post „Volkmar Raidt: 2 G ist Rassismus“ wurde er vom Integrationsbeirat scharf angegriffen.**

Ihm wurde unterstellt, dass er „den impfunwilligen BürgerInnen auch noch Wasser auf die Mühlen“ gegeben und „auch den Integrationsbeirat als ein rassistisches Gremium“ titulierte habe. Stadtrat Steur (SPD) warf ihm sogar „Geschichtsklitterung“ vor, weil er angeblich 2G mit dem Holocaust verglichen hätte. Raidt nahm seinen Begriff des Rassismus öffentlich zurück. Damit sich jeder sein eigenes Urteil bilden kann, ob diese Vorwürfe gerechtfertigt

sind, drucken wir die Erklärung von V. Raidt, die Erklärung der Linken vom 23.11.2021 und von Christian Hörburger als Dokumente ab. Eine breite, sachliche Debatte ist notwendig. Von einer „Pandemie der Ungeimpften“ in Deutschland zu sprechen, verfälscht die schwierige Situation: Inzwischen gibt es bei uns rund 240.000 Impfdurchbrüche; die Impfstoffe ermöglichen nur eine zeitlich begrenzte Immunisierung; seit letztem Jahr wurden 6.000 Intensivbetten abgebaut und 20 Krankenhäuser geschlossen!

Die neue Omikron-Mutante zeigt, dass zur Beseitigung der Pandemie die Patente auf die Impfstoffe zugunsten der armen Länder des Südens aufgehoben werden müssen. Dies fordert die Weltgesundheitsorganisation seit über einem Jahr und wird von der deutschen Regierung blockiert!

### **Volkmar Raidt am 16.11.2021 im Gemeinderat zu 2G:**

Ich vertrete nicht die Meinung meiner Fraktionskollegen! Es ist meine eigene Meinung.

Heute wurde der Anhänger mInt-Mobiler Integrationsbeirat vor der Festhalle vorgestellt und eingeweiht. Leider ist es nicht allen Gemeinderatsmitgliedern möglich gewesen, daran teilzunehmen, da hier 2G galt. 2G gilt ebenfalls bei der Eröffnung der Sonderausstellung des Stadtarchivs Rottenburg in Baisingen am 21.11.2021, auch hier ist eine Teilnahme nicht möglich.

Am 8.11.21 fand in der Stadt das Glamour Shopping statt, an dem ebenfalls nur 2G erlaubt war. Da es mittlerweile erwiesen ist, dass auch Geimpfte an Covid erkranken und auch übertragen können, stelle ich die Ausgrenzung von Ungeimpften in Frage. Hier wird bewusst eine Personengruppe denunziert und diffamiert, die nichts anderes tut, als Art. 1 und Art. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen.

Rottenburg ist eine Stadt, die sich gegen Rassismus stellt, was sich aber zur Zeit in Deutschland und anderen EU-Staaten abspielt, ist eine neue Form von Rassismus gegen eine Personengruppe (der ungeimpften) aus dem eigenen Volk. Dies sollten wir als politische Vertreter der Stadt Rottenburg nicht akzeptieren. Wir sollten anpassen, damit sich Teile der Geschichte nicht in einer neuen Form wiederholen.

Zur Ihrer Kenntnis: Ich bin nicht geimpft.

### **Stellungnahme DIE LINKE ROTTENBURG zur Äußerung von Volkmar Raidt (16.11.2021)**

In der Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2021 hat Stadtrat Volkmar Raidt von einer „neuen Form von Rassismus gegen Ungeimpfte“ gesprochen, wenn diese durch 2G-Regeln aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt werden. Die Linke hält die Verwendung des Begriffs Rassismus in diesem Zusammenhang für falsch, weil er die Ausgrenzung und Verfolgung von Personengruppen aufgrund von religiösen, kulturellen oder biologischen Merkmalen meint. Er ist nicht geeignet, in der aktuell sehr aufgeheizten Diskussion über Maßnahmen gegen die weltweite Pandemie zur Klarheit beizutragen.

DIE LINKE tritt für alle geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ein und kritisiert Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker. Es ist aber falsch, Ungeimpfte mit Corona-Leugnern gleichzusetzen, es gibt andere (medizinische) Gründe, sich nicht impfen zu lassen.

Wir halten Impfungen für wichtig, um eine weitere Ausbreitung und schwere Krankheitsverläufe von Infizierten zu verhindern und fordern alle zu einer genauen Prüfung ihrer Situation auf. Aber wir haben auch Respekt vor denjenigen, die zu einer anderen Entscheidung kommen und sind strikt gegen deren Diskriminierung!

Wie Virologen wie Henrik Streeck und Christian Drosten betonen, ist es falsch, von einer Pandemie der Ungeimpften zu sprechen. Dies befördert neben der sozialen und politischen Spaltung unserer Gesellschaft eine gefährliche Diskriminierung von Ungeimpften und wiegt die Geimpften in einer falschen Sicherheit. Denn im Unterschied zu Impfungen gegen Pocken oder Masern ist es bisher nicht gelungen, einen Impfstoff mit dauerhafter Wirkung zu entwickeln. Impfstoffe wie Astra Zeneca und Biontech lassen nach vier bis sieben Monaten in ihrer Wirkung nach, die Zahl der Impfdurchbrüche nimmt zu. Die Lieferung von Impfstoffen auf die anderen Kontinente und die Aufhebung des Patentschutzes sind wichtig, um weitere Mutationen zu verhindern und auch in Europa zur Eindämmung der Pandemie zu kommen. Bei uns ist neben einer Drittimpfung und der Testung aller Menschen, also auch der Geimpften, der Ausbau der medizinischen Versorgung mit ausreichend gut bezahltem Personal entscheidend anstatt immer mehr Kliniken und Intensivstationen zu schließen. Eine Kampagne gegen Ungeimpfte als angeblich Schuldige für eine Überlastung des Gesundheitspersonals verurteilen wir.

Wir fordern eine Versachlichung der Diskussion und wirksame Maßnahmen, um gemeinsam die Pandemie zu überwinden.

**Ihr Lieben, Freunde und überhaupt,**

**"was sich aber zur Zeit in Deutschland und anderen EU Staaten abspielt, ist eine neue Form von Rassismus gegen Personengruppe (der Ungeimpften) aus dem eigenen Volk",**

sagte Volkmarr Raidt im GR ziemlich unverblümt. Das war vielleicht nicht diplomatisch, nicht feinfühlig und nicht auf dem Level eines soziologischen oder philosophischen Seminars mit Credit-Points am Semesterende, aber es beschreibt im Rückschluss auf die Exekutive die fundamentale Verrohung der politischen Eliten in unserem Land doch sehr genau; diese dulden keine Normabweichung vom Mainstream und möchten auch Andersdenkende radikal und substantiell vereinnahmen, eben auch sprachlich. Was sich schickt, was sprachlich schicklich ist, das bestimmen diese Sprech- und Sprachapostel und damit haben sie auch das Recht, Andersprechende zu sanktionieren. Sie bestimmen die moralische Messlatte in Sachen Impfen und Nicht-Impfen, was *rassistisch* ist, wer eine *Pandemie der Impfgegner* zu verantworten hat oder nicht, das bestimmen die Sprachverfüger. Volkmarr Raidt hat übrigens nicht gesagt: **Was sich in Rottenburg oder dessen Gemeinderat abspielt...** Das wird ihm nun aber ziemlich frech in die Schuhe geschoben - und schon das ist ein gewaltiger Unterschied.

Christian Hörburger

**Kurz und bündig**

#### **Kein Vittel-Mineralwasser mehr bei Lidl**

In den Lidl-Regalen finden sich keine Einweg-Plastikflaschen des Schweizer Großkonzerns Nestlé mehr, der jahrelang für die Marke Vittel einen Vertrag mit dem Discounter aus Neckarsulm hatte. Nestlé macht weltweit einen Umsatz von sechs Milliarden Euro (!) mit seinen Wässerle und heimst dafür immer wieder den Protest von Umweltschützern und den Bauern aus den Vogesen ein. Sie werden durch die Absenkung des Grundwasserspiegels in ihrer Existenz bedroht. Zudem hat sich rumgesprochen, dass zumindest in Deutschland das Leitungswasser eines der am besten geschützten Lebensmittel ist und man dafür kein teures Mineralwasser braucht.

#### **Geldvermögen der superreichen Minderheit wächst**

Trotz der größten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. und der aktuellen Corona-Pandemie ist das private Geldvermögen in Deutschland von 3,392 Billionen (!) Euro im Jahr 2020 auf 6,950 Billionen Euro angestiegen (Oktober 2021). Nicht eingerechnet ist der Besitz an Immobilien. So ist die Zahl der deutschen Millionäre trotz Corona im Jahr 2020 auf 1,5 Millionen Personen gestiegen, weltweit hat sie die Zahl von 20,8 Mio. erreicht. Ihr Gesamtvermögen betrug 67 Billionen Euro. Es geht allein um die private Aneignung des Reichtums, der gesellschaftlich von allen Beschäftigten erarbeitet wird und dann über Aktiengewinne und Börsenspekulation den Reichtum einer kleinen Minderheit erhöht. Das wollen SPD, FDP und Grüne auch in Zukunft nicht antasten. Sie fördern damit die wachsende soziale Spaltung in unserem Land, vor der selbst die Europäische Kommission inzwischen warnt.

#### **Betrug der Industriekonzerne bei der EEG-Umlage?**

Über zwanzig Energieversorger und große Konzerne sollen jahrelang keine EEG-Umlage bezahlt haben und dadurch den Staat um acht bis zehn Milliarden Euro betrogen haben. Das geht mithilfe des „Scheibenpachtmodells“: Große Konzerne, die viel Strom verbrauchen, „beteiligen“ sich an Kraftwerken, um dann als Stromerzeuger von der EEG-Umlage befreit zu werden. Da die jährliche EEG-Umlage eine festgelegte Einnahme-Höhe hat, müssen die Privatverbraucher durch höhere Strompreise die fehlenden Abgaben der Konzerne ausgleichen.

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Holcim – Unendliche Geschichte eines Skandals

### Regierungspräsident Tappeser in Erklärungsnot

Mitte November demonstrierten rund 150 Menschen erst vor der Stiftskirche (Tübingen) und zogen dann vor das Regierungspräsidium. Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Zement Zollernalb-Tübingen-Reutlingen, es brachte den jahrelangen Konflikt um das Zementwerk in Dotternhausen erstmals in die Öffentlichkeit der ganzen Region und auf die politische Bühne des Regierungspräsidiums.

Sein Präsident Klaus Tappeser ist verantwortlich für zahllose Ausnahme genehmigungen für den Schweizer Konzern, der die gesamte Region mit den Giftgasen aus seiner Müllverbrennung verpestet. Immer wieder flüchtet er sich in unhaltbare Antworten auf die Fragen des Aktionsbündnisses. Beate Zöld aus Dotternhausen warf ihm deshalb in ihrer Rede vor: „**Sie sind dem größtmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt im Zollernalbkreis gesetzlich verpflichtet, daher vermischen wir Bemühungen und Handlungen, dies im größtmöglichen Maße zu tun.**“ Das Aktionsbündnis hatte das



Foto: E. Peter

Regierungspräsidium (RP) aufgefordert, dass im Werk Dotternhausen eine SCR-Filteranlage eingebaut werden müsse. Diese Anlage wurde schon

2015 von der Emissionsschutzbehörde des Bundes als Stand der Technik festgeschrieben, das RP Tübingen hatte Holcim seinerzeit zum Einbau schriftlich verpflichtet. Doch die Lobbyisten erzwangen wohl, dass die Anordnung vom RP zurückgenommen wurde.

#### Wirksame Luftfilter erforderlich

Wie dringend die SCR-Technik ist, wurde vom Schweizer Spezialisten Josef Waltisberg, ehemals Holcim-Beschäftigter, auf einer Veranstaltung des NUZ in Dotternhausen mit 100 Zuhörern verdeutlicht. Die veraltete SNCR-Technik von Holcim (selektive nicht-katalytische Reduktion) entfernt nur Stickoxide, nicht aber organische Verbindungen, Dioxine oder Furane. Dagegen verringert das SCR-Verfahren auch organische Abgase, wie die Erfahrungen im Zementwerk Mergelstetten und in 17 der 38 deutschen Zementwerke zeigen. In zwei Werken wird das noch wirksamere De-CONOX-Verfahren eingesetzt, z.B. in Kirchdorf/ Österreich. **Der Tübinger Mediziner Klaus Wild erklärte, dass nach neueren Untersuchungen die Luftverschmutzung für 15 Prozent der Corona-Erkrankungen verantwortlich ist, weltweit sterben 8,9 Mio. Menschen vorzeitig durch Luftverschmutzung (WHO).**

Wie wichtig der Einsatz von guten Luftreinigern in Zementwerken ist, machte Harry Block (BUND) deutlich: 3,7 Millionen Tonnen Müll werden in deutschen Werken verbrannt, um die 1.450 Grad Hitze für die Zementproduktion zu erreichen. Für die Müllverbrennung erhalten die Zement-Konzerne zynischer Weise auch noch kostenlose Emissionszertifikate in Millionen-Höhe. „Diese kostenlosen Zertifikate werden verteilt, damit die Konzerne wegen der steigenden CO2 Preise nicht ins Ausland abwandern. Der Preis wird pro Tonne emittiertes CO2

bezahlt. Dies bedeutet wiederum, je dreckiger das Werk ist, desto mehr kostenlose Zertifikate bekommt es,“ betonte Beate Zöld. So bekam Holcim vom RP Tübingen die Genehmigung, den Anteil der „Ersatzbrennstoffe“ – die Hälfte ist Sondermüll – von 60 auf 100 Prozent zu erhöhen. Der Profit lacht, denn laut Waltisberg beträgt der Jahresgewinn von Holcim aktuell 1,8 Milliarden Euro, der Einbau einer SCR-Filteranlage in Dotternhausen zum Schutz der Bevölkerung nur fünf bis zehn Millionen Euro.



Foto: E. Peter

In Tübingen erklärte Beate Zöld am Schluss der Kundgebung unter großem Beifall: „Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen und hoffen auf zukunftsgerichtete Handlungen des Regierungspräsidiums, die momentanen Missstände endlich adäquat zu beheben. **Wir alle wollen eine gesunde Zukunft und eine schöne Heimat auch für unsere Nachkommen, es ist genug Zeit verstrichen und unnötige tausende Tonnen an Schadstoffen entwichen. Zeit zu handeln ist genau JETZT!!!**“

**Darin wird DIE LINKE die Bevölkerung nach Kräften unterstützen!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!



# Zunehmende Kinderarmut – Armutszeugnis für ein reiches Ländle

## Rottenburg erhält Präventionsnetzwerk

**Aufgeschreckt vom Bericht „Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg“ (April 2021) stellte Sozialminister Lucha (Grüne) den Kommunen und Landkreisen 600.000 Euro als Förderung zur Verbesserung der Teilhabechancen in Aussicht. Denn fast jedes fünfte Kind wächst in unserem reichen Ländle in Armut auf, das sind drei Prozent mehr als bei Erwachsenen.**

Besonders hoch ist das Armutsrisiko der Unter-18-Jährigen bei langzeitarbeitslosen oder alleinerziehenden Eltern sowie in kinderreichen Familien. Die (obligatorische) Einschulungsuntersuchung 2019 stellte bei jedem dritten Kind einen hohen Sprachförderbedarf fest, außerdem bei 27 Prozent Probleme mit der Grobmotorik (erste Bewegungsabläufe). Hinzu kommen eingeeengte Wohnverhältnisse, schlechte Ernährung und mangelnde Bewegung. Schon lange hatte die Caritas festgestellt, dass sich die Kinderarmut verfestigt, will heißen: Immer mehr Kinder wachsen länger als vier Jahre in Armut auf.

Jetzt will Sozialminister Lucha sein jahrelanges Versagen langsam korrigieren. Es sollen endlich lokale Netzwerke entstehen, die Erzieherinnen, Lehrkräfte, Kinderärzte, Sozialarbeiter, Familienberater einbeziehen, um Kinder ganzheitlich zu fördern. Auf Initiative von Dr. Peter (Die Linke) reichte die Stadtverwaltung im Mai 2021 einen Förderantrag in Stuttgart ein und erhielt Gelder für ein Netzwerk.



### „Kinder der Ungleichheit“

Als einziger Rottenburger hatte Dr. Peter am Video-Kongress „Ungleichheit trotz Armut“ teilgenommen, das 80 Teilnehmer aus dem ganzen Land umfasste. Auf ihm referierte der renommierte Armutsforscher Butterwegge unter dem Titel „Kinder der Ungleich-

heit“ über diesen „Langzeitskandal“ und seine strukturellen Ursachen. Für ihn ist Armut die Kehrseite des enormen Reichtums einer Minderheit von 45 Familien in diesem Land, der sich auf ihrem Vermögen und dessen Vererbung gründet. Der Anstieg der Armut seit den Jahren 1990 ff. beruht auf dem Anwachsen des Niedriglohnssektors (jetzt 20-25% der Beschäftigten), der Agenda-Politik mit den Hartz-Gesetzen unter Kanzler Schröder (SPD), den Steuersenkungen zugunsten der Reichen bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent für die Mehrheit der Bevölkerung. Daher reicht es nicht, Kinder in Armut nur individuell über Kreisbonuskarten zu helfen. Für Butterwegge braucht es strukturelle Veränderungen mithilfe einer Kindergrundsicherung und bessere Betreuungs- und Bildungsangebote (gebührenfreien Kitas und Schulen).

### Rottenburger Netzwerk

Am 9. Dezember soll das Netzwerk im Gemeinderat von Kathrin Kläger (Mokka) im Sozialausschuss vorgestellt werden. Bereits am 19. November hatte die Geschäftsführerin von Mokka im Rahmen des landesweiten Aktionstags gegen Kinderarmut „Mach-dich-stark“ zusammen mit Rottenburger Grundschulklassen einen tollen Infostand vor dem Rathaus organisiert und betont, dass das künftige Netzwerk Kinder von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben begleiten soll.

DIE LINKE wird einen Schwerpunkt darauf legen, dass es neben einer effektiven Vernetzung verschiedener Stellen eine langfristige Behebung der Ursachen von Kinderarmut gibt und ihre Situation sofort gebessert wird. Dazu gehören im Bereich der Betreuung und Bildung endlich gebührenfreie Kitas (statt bürokratischer Modellversuche à la Grüne!), Ausbau der Ganztagsbetreuung (das Ländle ist bundesweit auf dem vorletzten Platz), Erhöhung der Sprach-

fördermaßnahmen in Kitas und Grundschulen, kostenloses, gesundes Mittagessen mit Essensgutscheinen falls Schulen wegen Corona geschlossen werden, gebührenfreie Bewegungsangebote in Koordination mit Vereinen, um Bewegungsmangel und Dickleibigkeit (Adipositas) zu verhindern. Für soziale Kontakte unter den Kindern und Jugendlichen und ihre Beteiligung an Sport und Kultur über die Schulzeiten hinaus benötigen wir kostenlose Schülermonatskarten.



Foto: E. Peter

Kinderarmut ist untrennbar von Elternarmut, besonders bei Alleinerziehenden. Wir brauchen nicht nur bessere Öffnungszeiten der Kitas, sondern auch die Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro und Maßnahmen gegen den großen Niedriglohnssektor in Rottenburg, den die Bürgermeister seit Jahren verschweigen! Wohnungen für kinderreiche Familien müssen bezahlbar werden, indem der soziale Wohnungsbau in kommunaler Hand stärker ausgebaut wird.

**Wer für einen Pavillon in Dubai 15 Mio. Euro und für eine lächerliche Werbekampagne „The Ländle“ 21 Mio. Euro verpulvert, muss endlich mehr für unsere Kinder und damit für unsere Zukunft tun – Kein Kind darf verloren gehen!**



Dr. Emanuel Peter  
Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Streit um Wohnbau-Flächen im Gemeinderat

## Sind kritische Fragen eine Torpedierung des Wohnbauland-Programms?

In einem Pressegespräch warfen Sprengel-Vorsitzender Kurt Hallmayer (CDU), Ortsvorsteherin Sabine Kircher (Hailfingen) und Joachim Maul (Wendelsheim) einigen Stadträten vor, ihre Bemühungen um die Gewinnung von Bauland für Wohnungsbau in den Ortschaften zu „torpedieren“ (Rott. Post, 23. Nov. 2021). Anlass dafür war die Kritik einiger Gemeinderäte an Neubaugebieten im „beschleunigten Verfahren“ (§ 13 b, Baugesetzbuch), d.h. ohne Naturchutzprüfungen oder erneute öffentliche Auslegung. Das betrifft unter anderem die Gebiete Engwiesen/ Oberndorf, Beim Sportplatz/ Schwalldorf, Öchsner II/ Ergenzingen.

Zu diesen Gebieten kommt hinzu die Flächenversiegelung durch die Sporthalle Kreuzerfeld/ Kernstadt, den neuen Autobahnanschluss (Kleeblatt Ergenzingen, 4,5 Hektar) und die B28 neu (laut Regierungspräsidium 12 ha für Fahrbahnen, Anschlüsse, Begleitwege sowie 28 ha Verkehrsgrün). Und noch kleine Supermärkte in Ortschaften (Wurmlingen, Kiebingen) – die Parkflächen für Lidl und Co. nicht eingerechnet!

Bereits beim Beschluss für das Wohngebiet Oberes Feld mit mehr als 12 ha im Juni 2020 hatte Die Linke die Verwaltung aufgefordert, dem Gemeinde-

rat eine Gesamtaufstellung des Flächenverbrauchs für Rottenburg vorzulegen, die Gewerbe, Landwirtschaft, Wohnbau und Infrastruktur (Bahn, Straßen, öffentliche Einrichtungen) auflistet. Passiert ist bis heute nichts! Deshalb forderte Marlene Fischer (Linke) zuletzt eine Gesamtaufstellung wenigstens für den Flächenverbrauch durch 13b-Maßnahmen – zum Ärger von Herrn Hallmayer.

### Flächenversiegelung kostet Lebensqualität

Böden können nur einmal versiegelt werden, sie sind Lebensraum für Mensch und Natur (Tiere und Pflanzen). Deshalb müssen unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden, um zu einer ganzheitlichen Planung zu kommen. Ortsvorsteherin Kircher betonte in der GR-Sitzung, dass mehr Wohnungsbau auch Kitas und Schulen nach sich zieht. Hinzu kommt, dass die Landesregierung den Kommunen und Landkreisen im neuen Landes Klimaschutzgesetz vorschreibt, mindestens zwei Prozent ihrer Fläche für Windkraft und Sonnenenergie vorzuhalten. Für Rottenburgs Gesamtfläche von 14.227 ha sind das immerhin rund 285 ha!

All das scheint Herr Hallmayer nicht zu kennen oder zu interessieren. Er

verschweigt, dass CDU und FDP vor 20 Jahren die Wohnbaufinanzierung unter dem Motto „Der Markt richtet es schon“ weitgehend eingestellt und dadurch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum mitverursacht haben. Aber wir können heute nicht so mit den Flächen in den Ortsteilen umgehen wie vor 20 Jahren, wir müssen als Gesamtstadt für die CO<sub>2</sub>-Verringerung und den Klimaschutz handeln, anstatt dass jeder sein kleines Süppchen kocht, um im Ortsteil gut dazustehen.

Aus Sicht der Linken muss ein nachhaltiger Gesamtplan für Rottenburg Ideen für eine Verdichtung der Wohnbauflächen mit mehrgeschossigen Häusern (auch in den Ortsteilen), eine Grundsteuer C gegen Leerstände und unbebaute Flächen, die Verringerung von großen Parkflächen vor Supermärkten, die Berücksichtigung von Landwirtschaft, Natur, Gewerbe und Infrastruktur umfassen. Paris und Glasgow beginnen vor Ort. Deshalb fordert DIE LINKE eine Klausurtagung des Gemeinderats im nächsten Jahr zu diesem Thema. **Mehr denn je gilt: Global denken – lokal handeln!**



Dr. Emanuel Peter  
Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

## Bürgerinitiativen fordern Bodenschutzgesetz

### Offener Brief an Ministerpräsident Kretschmann zu „Daseinsvorsorge und Bodenschutz“

Zum Tag des Bodenschutzes am 5. Dezember 2021 sandten 20 Bürgerinitiativen aus allen Teilen von Baden-Württemberg einen Offenen Brief an MP Kretschmann und forderten darin ein Bodenschutzgesetz. Darin heißt es unter anderem: „Die Zersiedlung unserer Landschaften und die Belastung der Böden durch Überdüngung, Pflanzengifte und Schadstoffeinträge haben ein lebensbedrohliches Ausmaß angenommen. (...) Angesichts der allerorten in Baden-Württemberg wie Pilze aus dem Boden schießenden neuen Wohn- und Gewerbegebiete und gigantischer Straßenbauprojekte erscheint uns rasches Handeln zum Schutz des Bodens dringend geboten.“ Die Unterzeichner beklagen, dass Kretschmann bei seiner Amtseinführung eine Politik des Gehörtwerdens und des Mitwirkens versprochen habe. Jetzt aber wolle Staatsrätin Barbara Bosch die Rechte der Gemeinderäte über die Flächenvergabe stark einschränken: „Mit der Beschneidung des Rechts der Bürger, durch Bürgerentscheide mitzuwirken, wird der Ausweitung direkter Demokratie schwerer Schaden zugefügt, sowie ein falscher Weg eingeschlagen, um rasch mehr Boden- und Klimaschutz verwirklichen zu können.“ Abschließend bieten die Unterzeichner ihre Zusammenarbeit an: „Wir möchten uns gerne, gestärkt durch den Rückenwind wirksamerer Gesetze zum Bodenschutz, weiterhin auf den Weg machen, Wohlstand und Daseinsvorsorge ohne weiteren Verlust kostbarer Böden zu sichern.“

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Bodenschutz ist Überlebensschutz

## Teil 2

**Ohne Erdboden kann keine Pflanze gedeihen und weder Mensch noch Tier Nahrung finden. Und trotzdem treten wir diesen Boden mit Füßen, behandeln ihn wie Dreck, betonieren ihn zu, vermüllen und verseuchen diese existentielle Lebensgrundlage.**

Obwohl wir dies alles wissen, pflastern wir allein in Deutschland jeden Tag 70 Hektar (100 Fußballfelder) zu.

Dabei speichern allein die Böden rund 1500 Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Also die doppelte Menge, die als Kohlendioxid in der Erdatmosphäre vorhanden ist. Weltweit geht immer mehr Ackerland durch Bebauung, Industrialisierung, Versteppung, Versalzung und Bodenerosion verloren.

Die Fortschritte durch die Entwicklung moderner landwirtschaftlicher Hochleistungs- und Hohertragsorten gleicht diesen Raubbau nicht aus. Die Abholzung und Brandrodung von Wäldern geht weltweit ungebremst weiter. Der Anbau von Monokulturen und der massive Einsatz von Kunstdüngern und Pestiziden zerstört die Bodenstruktur nachhaltig. Natürlicherweise würden in den oberen 30 cm eines Quadratmeters fruchtbaren Bodens mehr Lebewesen (Mikroorganismen, Algen, Bakterien, Pilze, Regenwürmer, Asseln, Spinnen, Milben ...) als Menschen auf der Erde leben. Dieses unsichtbare Ökosystem findet sich immer seltener auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Verdichtung durch immer größere Maschinen stört eine ausreichende Sauerstoff- und Wasserversorgung nachhaltig.

Hinzu kommt die Landgier von Staaten und Investoren wie z. B. China. Diese kaufen und pachten riesige Agrarflächen nicht nur in den Entwicklungsländern, um so weltweit für die eigene Bevölkerung zu sorgen. Boden ist zum Spekulationsobjekt verkommen. Das alles sollte uns aufhorchen und zum Umdenken und Umsteuern veranlassen. Denn gerade in unserer Gegend verfügen wir über sehr humusreiche Böden, die es zu schützen gilt.

**Kurz und bündig**

### Kinder- und Jugendpsychiatrien: Chronische Unterversorgung

Corona führt zu einem großen Bedarf an Hilfen für Kinder, bei denen Angst-, Zwangs- und Essstörungen festgestellt werden, aber auch Selbsttötungsabsichten. Dabei sinkt das Alter der Kinder, so der Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Esslingen. Dort werden Feldbetten aufgestellt, weil die Nachfrage für eine Unterbringung auf 120 Prozent gestiegen ist. Laut AOK Baden-Württemberg sind von Dezember 2020 bis März 2021 die Einweisungen von 309 auf 440 gestiegen. Professor Jörg Fegert an der Uni-Klinik Ulm spricht von einer „chronischen Unterversorgung, weil die Kinder ein halbes bis Dreivierteljahr auf einen Platz warten müssen. Sozialminister Lucha müsse endlich Maßnahmen ergreifen.

Wir müssen andere, neue und altbewährte Wege beschreiten. Dazu zählen:

- alternative Bau- und Wohnraummodelle entwickeln und fördern z. B. Wohnen im Alter, Mehrgenerationenhaus, Tinyhouse ...
- Bauverpflichtungen auf Sinnhaftigkeit überprüfen z. B. bestehende Baufenster anpassen
- Maßnahmen entwickeln um Baulücken zu schließen z.B. Grundsteuer C
- finanzielle Förderung bei der Sanierung von alter, untergenutzter und leer stehender Bausubstanz, z. B. ältere Ökonomiegebäude zu Wohngebäuden umbauen

Das sind nur einige Beispiele für mögliche kommunale Maßnahmen, um Wohnraum zu schaffen, ohne weitere Baugelände ausweisen zu müssen, und wir leisten gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Boden- und Klimaschutz. Wir müssen für die Wiederbelebung unserer Ortskerne sorgen und dafür, dass wichtige Lebens- und Erholungsräume für Menschen, Tiere und Pflanzen erhalten bleiben.

Es geht nicht darum, anderen, vor allem jungen Familien, die eigenen vier Wände vorzuenthalten. Nein, es geht darum, neue Konzepte zu entwickeln, so dass gerade für diese jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft erhalten bleibt. Denn: **„Um den Klimawandel aufzuhalten, und um im Klimawandel leben zu können, brauchen wir jeden Acker, jede Wiese und jeden Wald.“ (Ruth Dettweiler)**



**Marlene Fischer**  
Gemeinderätin  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Ergenzingen

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Im Schatten von Omikron: Winkelzüge von Winkeladvokaten?

Kritik an der Corona-Politik der Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht war nicht zu erwarten. Zu eng ist das Verhältnis von CDU-Kanzlerin und vormaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzendem der Partei, dem jetzigen Gerichtsvorsitzenden Harbarth. Gemeinsame Essen von Regierung und Gericht tun ein Übriges. Frühere Abhängigkeiten können auch da nicht so einfach hinweggespült werden - und sollen es wohl auch nicht. Gewaltenteilung wird so leicht zur leicht verdaulichen Beilage. Eigenständiges Handeln erfordert Charakter und aufrechten Gang, um Gedanken an Kumpanei und Handlangertum nicht aufkommen zu lassen.

Es geht nicht um ungebührliche Richterscheitel, aber Zweifel an der Rechtsobjektivität des Bundesverfassungsgerichts sind angebracht. Die aktuelle Entscheidung zur „Bundesnotbremse“ muss hinterfragt werden. Das Bundesverfassungsgericht billigte die im Frühjahr verhängten Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen. „Die Karlsruher Beschlüsse geben der Politik fast alle Freiheiten bei der Corona-Bekämpfung.“ (Heribert Prantl) Er spricht von einem Wandel in der Geschichte des Gerichts. Und davon, dass das Grundgesetz von Karlsruhe quasi unter Pandemievorbehalt gestellt werde.

Geeignet sind Maßnahmen schon dann, wenn der gewünschte Erfolg erzielt werden *kann*, so das Gericht. Prognosen dürfen Regierungshandeln beeinflussen, wenn diese aber bei regierungshängigen, weisungsgebundenen Institutionen wie dem Robert-Koch-Institut (RKI) und dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) bestellt werden können, ist der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Es

**„Auf das höchste deutsche Gericht kann sich nur jemand noch verlassen: die Bundesregierung.“ (NZZ)**

**Ergänzung : ... und nicht der Bürger!**

wurde Regierungshandeln ein Blankoscheck ausgestellt. Die politischen Verhältnisse müsse nicht so bleiben, wie sie derzeit sind. Wirklich radikale Parteien können an die Macht kommen und sie werden die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel freudig nutzen. Eine zukünftige anders orientierte Regierung wird mit Dankbarkeit an dieses Urteil erinnern.

Es erstaunt, welchen Aufwand - nachträglich - das Gericht aufgewendet hat, um Freiheitsrechte einschränken des Handeln zu rechtfertigen. Wäre es nicht einfacher gewesen, einfach zu erklären, dass der Klagegrund entfallen ist, da die „Notbremse“ am 30. Juni 2021 aufgehoben wurde? Das Gericht beriet monatelang nur hinter verschlos-

senen Türen. Eilanträge wurden abgewiesen. Eine mündliche Verhandlung fand nicht statt, bei der Nachfragen möglich gewesen wären.

Dieses Urteil hat - in Kreisen der Kritiker und darüber hinaus - dem Gericht geschadet und seine Akzeptanz gemindert. Es formulierte einen Freibrief für ein Weiter-so in der freiheitsbeschränkenden Corona-Politik. Eine ineffiziente, unverhältnismäßige Politik bekam höchstrichterlichen Segen. Wie hat die Notbremse gewirkt? Hat sie den Zusammenstoß mit Viren verhindert? Lockdown kann auf Lockdown folgen. Rote Linien wurden einfach wegradiert.

Was ist von einem Bundesverfassungsgericht zu halten, von dem in der Presse zu lesen ist: **„Karlsruhe traut sich nicht, die Corona-Maßnahmen einzeln zu prüfen und der Politik klare Vorgaben zu machen. Es stiehlt sich aus der Verantwortung. Über die kleine Abdankung eines großen Gerichts.“ (SZ)**

Man kann Angst vor Corona haben, aber nach diesem Urteil ist Angst vor dem Verlust der Gewaltenteilung - Angst vor dem Verlust unserer demokratischen Ordnung - nicht ungerechtfertigt.

Norbert Kern, Wendelsheim

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

Termine:

**Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:  
Samstag, 11. Dezember 2021, 10 - 12 Uhr**

**Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:  
Wird noch bekanntgegeben**

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg  
Wird noch bekanntgegeben**

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**  
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.  
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Wird noch bekanntgegeben



**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**  
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



**Redaktion und Gestaltung**  
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,  
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75  
72108 Rottenburg - Wendelsheim



**V.i.S.d.P.**  
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg